

Presseinformation 10/2005

Monopolverlängerung vernichtet Arbeitsplätze – BIEK fordert Wirtschaftsminister Clement auf, endlich Farbe zu bekennen

Berlin, 17.06.2005 – Die Forderung von verdi-Vorstand Büttner, das Briefmonopol über das Jahr 2007 hinaus zu verlängern, weist der Bundesverband Internationaler Express- und Kurierdienste e. V. (BIEK) scharf zurück. Die Verlängerung des Briefmonopols führt zu einer Vernichtung von Arbeitsplätzen bei den Wettbewerbern, aber auch im Unternehmen Deutsche Post AG selbst. „Unter dem Schutz des Monopols hat die Deutsche Post ihre Leistungen in der Fläche drastisch zurückgefahren und dadurch mehr als 25.000 Arbeitsplätze abgebaut. Demgegenüber haben die Wettbewerber durch zusätzliche Dienstleistungsangebote mehr als 37.000 Arbeitsplätze im selben Zeitraum geschaffen“, stellt Dr. Ralf Wojtek, Vorsitzender des BIEK, unter Verweis auf den Jahresbericht der Regulierungsbehörde (2004) fest. Der BIEK hat daher Wirtschaftsminister Wolfgang Clement aufgefordert, unverzüglich Farbe zu bekennen und klarzustellen, dass das Briefmonopol nicht erneut verlängert wird. Dabei erinnert der BIEK den Wirtschaftsminister an seine Erklärung vom Frühjahr 2005, die jede Verlängerung kategorisch ausgeschlossen hatte.

Bereits die Monopolverlängerung im Jahr 2002 habe zu einem Massensterben unter den Wettbewerbern geführt, von dem diese sich langsam erholten. Der BIEK warnt, dass die Diskussion über eine Monopolverlängerung sich lähmend auswirken könne. Wojtek: „Welcher Investor, welche Bank ist bereit, Geld in ein Wettbewerbsunternehmen zu investieren, wenn das gesetzliche Enddatum des Briefmonopols jetzt in Frage gestellt wird?“

Der BIEK verweist darauf, dass die Deutsche Post AG derzeit etwa ein Viertel ihres Umsatzes im Briefbereich erzielt, jedoch zwei Drittel des Unternehmensgewinns aus dem Briefbereich stammen. „Ein Gewinn von mehr als 2 Milliarden Euro im Briefbereich, bezogen auf einen Umsatz von 12,7 Milliarden Euro, ist ein Missbrauch des Monopols und eine Ausbeutung der Verbraucher“, so Wojtek. Es könne nicht angehen, dass Verbraucher und Wirtschaft weiterhin als Investmentbank für globale

Expansionsstrategien der Deutsche Post AG missbraucht würden. Der BIEK erinnert daran, dass die Deutsche Post AG allein mit ihrem Engagement in den Vereinigten Staaten ca. 1 Milliarde Dollar Verluste schreibt.

Die hohe Profitabilität des Briefdienstes macht deutlich, dass der Universaldienst keine Last sondern eine Dienstleistung für die Allgemeinheit darstellt, die allen Wettbewerbern offen stehen muss. Zu diesem Zweck ist nicht nur das Briefmonopol abzuschaffen, sondern auch das Umsatzsteuerprivileg der Post, durch das dem Staat jährlich hunderte von Millionen Euro verloren gehen. Es ist ein Anachronismus, dass die Post keine Mehrwertsteuer abführt, während Wettbewerber für vergleichbare und bessere Dienstleistungen Mehrwertsteuer zahlen. Die Drohung der Post, dass dann das Briefporto anzuheben sei, weist der BIEK entschieden zurück und erinnert daran, dass die Preise der Wettbewerber – trotz Mehrwertsteuer – immer noch unter denen des Monopolisten liegen.

Über den BIEK:

Im BIEK sind führende Anbieter für Kurier-, Express- und Paketdienste in Deutschland organisiert. Sie sind flächendeckend tätig und stellen jede Sendung an jedem Ort in Deutschland von der Hallig bis zur Alm zuverlässig zu. In den vergangenen Jahren haben die Unternehmen ca. 10.840 Annahmestellen mit einem vielfältigen Produktspektrum aufgebaut. Zurzeit sind etwa 65.000 Menschen bei den BIEK-Mitgliedern in Deutschland beschäftigt. Sie sind entweder bei den Unternehmen direkt angestellt oder als selbständige Unternehmer für diese tätig. Insgesamt beschäftigt die KEP-Branche in Deutschland bereits mehr als 100.000 Personen.

Weitere Informationen unter www.biek.de

Kontakt:

BIEK Büro Berlin
Charlottenstraße 42
10117 Berlin
Tel. 030 / 20 61 78-6
Fax 030 / 20 61 78-88
info@biek.de

BIEK Vorsitz
Dr. Ralf Wojtek
Bleichenbrücke 9
20354 Hamburg
Tel. 040 / 35 52 80-16
Fax 040 / 35 52 80-80